

Freiwilligenarbeit in der DDR

Ingrid Jungblut

Zur Fragestellung

Das freiwillige Engagement und das vorhandene Engagementpotenzial älterer Menschen in den neuen Bundesländern kann nur vor dem Hintergrund der Strukturen des Freiwilligenengagements in der DDR und den Besonderheiten des Transformationsprozesses nach der Wende betrachtet werden.

Mit dem Zusammenbruch des „sozialistischen“ Herrschaftssystems war (und ist) eine Auflösung der gewohnten Arbeits- und Lebenswelt, eine Auflösung gewachsener sozialer Netzwerke und Bindungen und durch langjährige Sozialisation und Lebensverläufe geprägter Wertstrukturen verbunden.

Aus dieser Sicht erweist sich der Transformationsprozess der ehemaligen DDR-Gesellschaft als ein nicht nur ökonomisch und politisch komplizierter Prozess, sondern als sozialer Umbruch, dessen Gelingen nicht zuletzt davon abhängt, „ob und wie die neuen Rahmenbedingungen und Strukturen von den Menschen angenommen werden“ (Poldrack 1993: 5).

Jeder einigermaßen mit sozialen Prozessen Vertraute wird akzeptieren, dass die bloße Übernahme westdeutscher Strukturen und Werte als Versuch des Überstülpens fremder Strukturen und Werte kaum eine Erfolgchance besitzt.

Als große Gefahr für eine reale Chance, Menschen der neuen Bundesländer aktiv in diesen Transformationsprozess einzubeziehen, sehe ich insbesondere

- die Ignoranz gegenüber ihrer Herkunft, sprich der 40-jährigen Sozialisation in der DDR-Gesellschaft, und
- die Ignoranz des Prozesscharakters dieses Hineinwachsens in neue ökonomische, politische und vor allem auch soziale Strukturen.

In diesem Zusammenhang stellt Poldrack (1993: 4f.) deshalb Folgendes fest: „So haben sich seit der Wende zwar völlig neue Rahmenbedingungen und Chancen für selbstbestimmtes Engagement der Bürger eröffnet. Sie werden bislang aber nur zögerlich und punktuell genutzt bzw. ausgestaltet.“

Zwei der für den gesamten Transformationsprozess auf deutschem Boden grundlegende Fragen lauten:

- Wie ist das auf ostdeutschem Boden vorhandene Engagementpotenzial freizusetzen?

- Welche Zugangswege und Rahmenbedingungen ermöglichen es, kulturelle Potenzen und soziale Energien der Ostdeutschen zu erhalten, zu reaktivieren und zu mobilisieren?

Dass der ökonomische, politische, soziale und kulturelle Transformationsprozess der ehemaligen DDR-Gesellschaft auch im Hinblick auf die Ausübung freiwilligen Engagements deutliche Auswirkungen hat, wird z. B. im Ergebnis einer Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement im Rahmen des Freiwilligen surveys 1999 sichtbar: Der Anteil der freiwillig engagierten Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern ist mit 28% deutlich niedriger als in den alten Bundesländern mit 35% (vgl. Gensicke 2000: 176).

Um die Frage nach den Ursachen dieser quantitativ hinterlegten Feststellung zu beantworten, ist eine qualitative, damit zugleich historische Fragerichtung angesagt: Wie war es mit dem freiwilligen Engagement in der DDR-Gesellschaft bestellt, in welchen Strukturen und Eigenarten erfolgte es, welche sozialen Kompetenzen haben die Menschen entwickelt, und welche Einflüsse haben die durch die Wende eingeleiteten Veränderungen z. B. auf die Engagementbereitschaft?

Die folgenden Darstellungen verfolgen – ohne Anspruch auf auch nur annähernde Vollständigkeit zu erheben – die Absicht, wesentliche Aspekte der qualitativen und damit historisch intendierten Frage hervorzuheben. Sie basieren im Wesentlichen auf

- einer Analyse der hierzu nur in geringem Umfang vorhandenen Literatur,
- langjährigen eigenen Erfahrungen bei der Entwicklung und Förderung von Engagement und Selbsthilfe im Rahmen des Bundes-Modellprogramms „Seniorenbüro“ an einem Standort in den neuen Bundesländern und schließlich
- der Auswertung von Zeitzeugenberichten, die in Merseburg im Frühjahr 2001 zu Motiven und Bereichen des Engagements vor und nach der Wende vorgetragen wurden.

Wer heute den Versuch unternimmt, das Ob und Wie des ehrenamtlichen Engagements respektive der Freiwilligenarbeit zu Zeiten der DDR (als historischer Ursprung der Engagemententwicklung in den neuen Bundesländern) zu untersuchen, begibt sich nicht nur auf ein bisher empirisch wenig aufbereitetes Feld, sondern muss sich der Mühe unterziehen, Engagements-eigenarten im Zusammenhang zu systempolitischer und kulturgeschichtlicher Formierung und Strukturierung zu erfassen.

Bei einer formalen Suche nach der Bedeutung von Engagement, Ehrenamt und Freiwilligenarbeit durch einen Außenbetrachter wäre das Ergebnis dürftig – die Begriffe tauchen sowohl in der offiziellen Staatsliteratur

als auch in den theoretischen Begleitwerken und z. B. Wörterbüchern sehr selten auf. Geht man aber von ihrer Einbettung und Strukturierung in das Gesamtsystem aus, ergeben sich vielfältige Ansatzpunkte: Aus der Perspektive seines eigenen Herrschaftsanspruchs stellte das DDR-System eine Gesellschaftspolitik dar, die durch eine „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ gekennzeichnet war und zu deren komplexer und ganzheitlicher Gestaltung (verstanden als Lenkung und Leitung) ein dichtes institutionelles Netzwerk entwickelt wurde, das vom staatlich organisierten Apparat der Partei beherrscht wurde und alle Bereiche der Gesellschaft umfasste.

Ein weiteres Moment des Selbstverständnisses des DDR-Systems bestand darin, dass es die *Mitarbeit* aller forderte. Unter Begriffen wie „soziale Aktivität“, „gesellschaftliche Aktivität“, „demokratische Aktivität“ oder „schöpferische Aktivität“ erfolgte in der offiziellen Staats- und Parteiliteratur die normative Festschreibung von Mitgestaltung/Aktivität der Bürger, verbunden immer mit dem Anspruch, auch diese Aktivitäten entwickeln und leiten zu wollen. Konkrete Kampagnen wie „Max braucht Wasser“, „Schöner unsere Städte und Gemeinden“ oder verschiedene Wettbewerbsformen (z. B. „Messe der Meister von Morgen“) sind Ausdruck dieses Anspruchs. Inwiefern dieser Anspruch eingelöst wurde, bleibt zu hinterfragen.

Dem *Klischee* vom totalitären Sozialismus, in dem eine zentral gesteuerte Staats- und Parteimaschinerie das Leben des Einzelnen bis in den letzten Winkel bestimmte, beherrschte und kontrollierte, ist eine *differenzierte*, dem DDR-System und seiner empirischen Wirklichkeit entsprechende Betrachtung entgegenzustellen.

Das verbietet auch, die DDR-Gesellschaft aus der Sicht der gleichen Standards zu messen, wie sie in der BRD bis 1989 gebräuchlich waren.

Wenn z. B. die Einschätzung von Maaz (1991: 134), dass das DDR-System „an keiner Stelle Selbstverantwortung und Eigenständigkeit seiner Bürger zuließ oder gar förderte“ richtig wäre, müssten die Bürgerinnen und Bürger der neuen Bundesländer diese Fähigkeit völlig neu erwerben, hätte es in der DDR-Gesellschaft auch kein freiwilliges selbstbestimmtes Engagement gegeben – abgesehen von wenigen Nischen, z. B. unter dem Dach der Kirche oder im oppositionellen Bereich.

Um aber die Menschen in den neuen Bundesländern zu erreichen und ihr durchaus vorhandenes Engagementpotenzial aufzudecken, zu reaktivieren oder neu zu entwickeln, müssen wir davon ausgehen, dass ihre Verhaltensmuster und Mentalitäten durch Sozialisationsprozesse im staatssozialistischen System der DDR geprägt wurden. Poldrack (1993: 27) sieht den Zugang zur Beantwortung der Frage nach der Existenz, der Eigenart und den Strukturen des Engagements in der DDR-Gesellschaft in

Folgendem: „In einer autoritären, zentralistischen Gesellschaft werden gerade Phänomene wie Selbstbestimmtheit und Selbstregulation nicht so offen in Erscheinung treten (wie in einer modernen Demokratie), sondern mehr unter der Hülle offizieller Herrschaftsstrukturen oder im Verborgenen gedeihen. In solchen Systemen ist ein Großteil des freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements in den autoritären Gesellschaftsstrukturen verschlüsselt. Man muss es in seiner verdeckten stillschweigenden Dimension decodieren. Wer sich dieser Mühe nicht unterzieht, wird das selbstgestaltende Potenzial dieser Gesellschaften leicht unterschätzen und verkennen.“

Strukturen des freiwilligen Engagements in der DDR

Um zu verstehen, ob, warum und wie sich Menschen in der DDR engagiert haben und welche sozialen Kompetenzen sie erworben haben, sich Menschen solidarisch unterstützt und für öffentliche Belange engagiert haben, erwächst durch die Anwendung des systemimmanenten Ansatzes die Möglichkeit, *andere* Engagementstrukturen mit *anderen* Sinn- und Gemeinschaftsbezügen und damit verknüpften sozialen Kompetenzen festzustellen. Der 1989 vollzogene Untergang des Gesellschaftssystems der DDR veränderte schlagartig auch die strukturellen Rahmenbedingungen des Engagements der Menschen im Osten Deutschlands. Welche gravierenden Konsequenzen das für das dortige Engagementpotenzial hatte und welche Chancen und Risiken das für den gesellschaftlichen Umbruch beinhaltet, soll im Folgenden in seinen wesentlichen Zügen gekennzeichnet werden.

Eine erste Feststellung lautet: In der DDR-Gesellschaft ist ein dichtes institutionelles Netzwerk entwickelt worden, in dessen Rahmen sich soziales Engagement entfaltetete.

Wodurch war diese offizielle Infrastruktur gekennzeichnet?

Es handelt sich um ein stark verzweigtes Netz von Institutionen – Parteien, Massenorganisationen, Verbänden, Vereinen, Klubs u.a. Dieses institutionelle Netzwerk wurde vom staatlich organisierten Apparat der Partei (sprich: der SED) beherrscht. Dem Leitgedanken der führenden Rolle der SED und des von ihr organisierten Staates entsprechend wurde ihr Führungsanspruch sowohl gegenüber den anderen Parteien durchgesetzt als auch gegenüber den so genannten Massenorganisationen – der FDJ (Freie Deutsche Jugend), dem FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund), dem DFD (Demokratischer Frauenbund Deutschlands), der DSF (Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft), dem DTSB (Deut-

scher Turn- und Sportbund), der VS (Volkssolidarität), dem KB (Kulturbund), der KdT (Kammer der Technik) usw.

Eine wichtige Klammer des infrastrukturellen Netzwerkes stellte die Nationale Front dar. Unter ihrem Dach wurden die Aktivitäten der Parteien und Massenorganisationen zusammengefasst und der Führungsanspruch der SED dadurch gesichert, dass entscheidende Leitungsfunktionen generell von SED-Genossen ausgeübt wurden. Für das Funktionieren des institutionellen Netzwerkes waren vor allem auch folgende Charakteristika/Sachverhalte entscheidend:

- zum einen, dass es sich über alle Lebensbereiche erstreckte, insbesondere die gesamte Arbeitswelt (den Betrieb, das Kombinat) umfasste, zugleich aber auch die Wohnwelt und den gesamten Bereich der Freizeitgestaltung;
- zum anderen, dass es sich, getreu der Staatsdoktrin, immer auch auf Aktivität und Engagement der Bürger bezog, sei es z. B. über den Wettbewerb der Kollektive im Bereich der Arbeit, über örtliche Ausschüsse der Nationalen Front, über Förderung solidarischen Handelns im Wohngebiet, über ehrenamtliche Helfer z. B. im Sport- und Kulturbereich, über Beiräte an Schulen und Kindergärten, im Rechtswesen über Schöffen am Gericht oder Konfliktkommissionen im Betrieb, im Sicherheitssystem als freiwillige Helfer der Volkspolizei oder als ehrenamtliche Mitarbeiter z. B. der Feuerwehr, im Gesundheitswesen als Helfer des DRK, auf dem Gebiet der sozialen Betreuung als Helfer der Volkssolidarität, im kulturellen Bereich als Zirkelleiter in Arbeits- und Interessengemeinschaften und in vielen anderen Bereichen und Formen mehr.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben – bereits das genannte Netzwerk sozialer Aktivitäten/Engagements zeigt, wie dicht es gewoben war. Das hatte sowohl die Allgegenwart des sozialistischen Staatssystems zur Folge (mit Ausnahme bestimmter Bereiche unter dem Dach der Kirche) als auch den Fakt, dass nahezu jeder DDR-Bürger in seine Biografie mit diesen (staatstragenden) Engagementstrukturen in Berührung kam. Viele der engagierten DDR-Bürger waren in dieses Netz mehrfach verwoben – in verschiedenen Bereichen und über die Mitgliedschaft in verschiedenen Organisationen (z. B. ehrenamtliche Arbeit im Betrieb, im Wohngebiet und in der Schule der Kinder).

Die Frage nach den Folgen dieser strukturellen Einbettung des sozialen Engagements der Mehrzahl der DDR-Bürger auf ihre Wertorientierungen und Verhaltensdispositionen – auch hinsichtlich eventuell in diesem Engagement liegender produktiver Potenzen, verbunden auch mit der Frage nach den Auswirkungen des Zusammenbruchs dieses über Jahrzehnte

wirkenden institutionellen Netzwerkes für die Bürger in den neuen Bundesländern und das Gelingen auch der sozialen Transformation – soll im Folgenden etwas genauer beleuchtet werden.

Zu den Hauptbereichen sozialen Engagements in der DDR

Ohne Zweifel war der Betrieb oder das Kombinat, also die Arbeitswelt, der Hauptbereich, in dem sich die Bürger der DDR sozial engagierten. So wird bei der Frage nach dem strukturellen Netzwerk dieses Engagements vielfach mit Recht hervorgehoben, dass die DDR eine arbeitszentrierte Gesellschaft war. Diese Einschätzung ist nicht nur Kern des herrschaftsstaatlichen Selbstverständnisses der DDR, sondern auch der Schlüssel zum Verständnis des institutionellen Netzes, ja auch des komplizierten Systems der Westorientierung des DDR-Bürgers, Zugang zum Verständnis der Sozialisationsbedingungen der Bürger Ostdeutschlands, die mit dem Wandel des Gesellschaftssystems (Wende) vor die Aufgabe einer breiten sozialen Erneuerung gestellt sind. Dabei soll Erneuerung nicht als bloße Übernahme westdeutscher Muster und Erfahrungen verstanden werden (mittlerweile hat die Praxis bewiesen, dass das nicht funktioniert), sondern als Suche nach den auch in Ostdeutschland entstehenden sozialen Engagementpotenzialen, um daraus gegebenenfalls Rahmenbedingungen, auch infrastrukturelle, für ihre Nutzung abzuleiten.

Der Marxschen Theorie folgend sollte im Arbeitsprozess nicht nur der materielle Reichtum der Gesellschaft produziert werden, sondern dieser Prozess selbst sollte den Kern der sozialen Aktivitäten der Bürger darstellen. Wirtschaftsstrategie wurde nicht als eng begrenztes Programm zur Senkung von Aufwands- und Erhöhung von Nutzenkennziffern verstanden, sondern als eine gesellschaftspolitische Konzeption, die die wirtschaftliche Tätigkeit auf den sozialen Fortschritt orientiert.

Die Verwirklichung dieser Strategie setzt auf Aktivitäten und Verhaltensweisen des Einzelnen, der sich mit diesem Konzept identifiziert. Aus diesem Grund wurde auch vom staatlich organisierten Apparat der Partei ein institutionelles Netzwerk geschaffen, innerhalb dessen sich soziale Aktivitäten entfalten: In den *Betrieben* (Arbeitswelt) hatte die Staatspartei (SED) ihre einflussreichste institutionelle Basis, wobei sie ihren Einfluss auch über die dort ebenfalls organisierten Massenorganisationen, z. B. FDGB, FDJ und DSF, ausübte.

In diesen vorgegebenen Strukturen agierende Arbeitskollektive entwickelten vielfach soziale Aktivitäten, die zunächst den Arbeitsprozess betrafen, z. B. im Kampf um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“.

Losungen wie „Meine Hand für mein Produkt“ oder „Wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben“ drücken diese Aktivitätsrichtung aus, wurden aber auch mit dem Ziel verknüpft, verbesserte Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Charakteristisch für soziale Aktivitäten der Arbeitskollektive war aber auch, dass diese weit über den Arbeitsprozess hinausreichten, von der gemeinsamen Brigadefeier über den gemeinsamen Theaterbesuch, die Betreuung von Patenklassen an der Schule bis hin zu freundschaftlich-kameradschaftlichen Beziehungen im Freundeskreis, auch den Freizeitbereich betreffend.

Sozial-unterstützende Aufgaben des Betriebes, materiell fundiert durch einen Sozialplan, waren so vielfältig, dass nur exemplarisch auf Betriebskindergärten, Ferienlager, Betriebsgesundheitswesen, Betriebssportorganisationen, kulturelle Zirkelarbeit (von Tanz, Chor, Theater, Malen bis zum „Zirkel schreibender Arbeiter“) hingewiesen werden kann.

Soziales Engagement in diesem Bereich erwies sich als *ambivalent*: Es erwies sich als seinem Wesen nach staatstragendes Engagement, das aber als Form *gemeinschaftlichen* Engagements weit darüber hinaus wuchs. „Diese Betriebskollektive hatten oft den Charakter von Solidargemeinschaften, in denen die gegenseitige Hilfe eine Selbstverständlichkeit war. Hier bildeten sich freundschaftliche und kameradschaftliche Beziehungen heraus, die weit über den unmittelbaren Arbeitsbereich hinausreichten. Die meisten Freundes- und Freizeitkreise in der DDR hatten wahrscheinlich einen betriebsorganisatorischen Hintergrund. Der Großteil der DDR-Frauen war nicht nur berufstätig, sondern nahm über die betriebliche Einbindung aktiv am sozialen und politischen Leben der Gesellschaft teil.“ (Poldrack 1993: 30)

Auch ältere Bürger, die aus dem Berufsleben ausschieden, wurden längere Zeit in das soziale Leben ihrer Kollektive einbezogen.

Die Ambivalenz dieser Form sozialen Engagements bestand also vor allem darin, dass sie sich in der Regel im Spannungsfeld der Erwartungen, Vorgaben von oben und den Wünschen und Bedürfnissen der Kollektive an der Basis bewegten, sich aber in den vorgegebenen, zweifellos staatstragenden Strukturen, ein reges geistig-kulturelles, oft solidarisch gestaltetes Leben entfaltete.

Eine einseitige Bewertung dieses Engagements als staatstragend würde den Verzicht auf die Suche nach „der anderen Seite“ dieses Engagements – jenseits seines staatstragenden Charakters – bedeuten. Gerade das wird mit dem Strukturwandel im Osten Deutschlands aber zu einer existenziellen Frage.

Wie eingangs erwähnt, erstreckte sich das institutionelle Netz, innerhalb dessen sich gesellschaftliche Aktivität vollzog, aber nicht nur auf den Arbeitsbereich. Zwar stellte dieser den Hauptbereich dar, in dem man sich in der DDR sozial engagierte, aber das Netzwerk erstreckte sich auch über den *Wohnbereich* bis hin in den gesamten Bereich von Freizeit, Kultur und Sport.

Es war in der DDR üblich, dass sich im Wohnbereich Hausgemeinschaften bildeten. Sie stellten den Rahmen dar, in dem man sich um den Mitmenschen (Nachbarn) kümmerte, besonders um Kranke, Alte und Alleinlebende, in dem man aber auch gemeinsame Aktionen zur Instandhaltung der Wohnsubstanz und Pflege der Grünanlagen unternahm.

Die Wohn- und Nachbarschaftsgemeinschaften entwickelten sich so zu einem wichtigen Bereich sozialen Engagements, zugleich als Ort, an dem man sich gemeinsam um die öffentliche Sicherheit kümmerte und an dem man auch gemeinsam feierte. In Neubaugebieten funktionierten Mieter mitunter einen der Funktionsräume (z. B. Fahrrad- oder Trockenraum) in einen mehr oder weniger gemütlichen Treffpunkt für die Hausgemeinschaft um.

Soziale Aktivitäten in den Wohngebieten entwickelten sich zu einem informellen Netzwerk gegenseitiger Hilfe, gemeinschaftlicher Aktivität und Geselligkeit und waren aber zugleich mit den institutionellen Strukturen verwoben, die die ganze DDR-Gesellschaft überzogen und damit auch in gewisser Weise gesellschaftlich kontrollierten. Von den Massenorganisationen, die im Wohngebiet besonders aktiv waren, sei auf die Volkssolidarität und den DFD verwiesen.

Hinterfragt man soziale Aktivitäten der DDR-Bürger – sowohl in der Arbeits- als auch in der Wohnwelt – nach der sie charakterisierenden *Eigenart*, so ist neben ihrer offiziellen Einbettung in das entwickelte institutionelle Netzwerk

- die Integration des DDR-Bürgers in verschiedenen Gemeinschaftsformen charakteristisch, gekoppelt mit umfangreicher (staatlicher) Fürsorge und Unterstützung. Im Ergebnis entstanden starke Akzente des Engagements auf gemeinschaftliche, kollektivistische Komponenten;
- soziale Aktivität in der Regel im Spannungsfeld zwischen der Erfüllung der Erwartungen/Vorgaben von oben und gleichzeitiger Berücksichtigungen der Wünsche und Bedürfnisse des Kollektivs/der Gemeinschaft charakterisiert.

Diese Grundaussagen treffen auch auf den gesamten Bereich der *Freizeit*, der *Kultur* und des *Sports* zu. Dabei ist zunächst die starke Vernetzung zwischen diesen Bereichen offensichtlich: Ein Teil der Freizeit wird

mit dem Arbeitskollektiv verbracht, darüber hinaus spielt die Familie in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle.

Freizeit – im staatssozialistischen System mehr als Reproduktion der Arbeitskraft denn als Feld der Befriedigung individueller Bedürfnisse des Einzelnen gesehen, erhielt aus systeminterner Sicht eine grobe Strukturierung in folgende Bereiche:

- Reproduktion der Arbeitskraft (vom gesunden Schlaf über die Erhaltung der organischen und seelischen Gesundheit bis zur Kindererziehung);
- aktive Tätigkeiten (neben Hausarbeit Tätigkeiten in Wohnung und Garten, andere handwerkliche und technischen Tätigkeiten in der Freizeit, sportliche Betätigung z. B. im Rahmen des DTSB, Betätigung von Angehörigen der Intelligenz in Arbeitsgemeinschaften des Kulturbundes und aktive Tätigkeiten in anderen Verbänden, z. B. der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter;
- vielfältige geistig-kulturelle Beschäftigungen – angefangen von Massenformen kultureller Aneignungen (Fernsehen, Rundfunk, Musikhören und Lesen) über individuelle Wissensaneignung und künstlerische Betätigung, zum Teil im Familienkreis, zum Teil in speziellen Gemeinschaften, die sich in Zirkeln oder Arbeitsgemeinschaften zusammenfanden (Malen, Singen, Theaterspielen ...).

Auch im Feld von Freizeit und Kultur spielen Gemeinschaften kultureller Freizeitgestaltung eine exponierte Rolle: Sie existieren neben den informellen Freizeitgruppen im Freundes- und Bekanntenkreis und wurden vom Staat zumindest geduldet, zum Teil aber auch gefördert, und es wurde versucht, besonders über die örtlichen Volksvertretungen, in Kooperation mit den Betrieben und Organisationen des Territoriums, ein vielfältiges Kulturleben zu entwickeln.

Gemeinschaften kultureller Freizeitgestaltung waren durch ihre Bindung an gesellschaftliche Organisationen, Institutionen, Einrichtungen und Betriebe gekennzeichnet. Sie gliederten sich vor allem in

- Gemeinschaften ehrenamtlicher Kulturarbeit (z. B. Dorfklubs, Pionierhäuser, große Teile der Jugendklubs), deren Aufgabe vor allem in der Gestaltung eines öffentlichen kulturellen Freizeitangebots lag;
- kulturelle Interessengemeinschaften, wie z. B. Freundeskreis Literatur und Kunst, Sammlerzirkel, Umweltschutzzirkel, Arbeitskreise u. a.;
- Gemeinschaften kultureller Selbstbetätigung, z. B. gemeinschaftliches Musizieren, künstlerisches Gestalten, gärtnerisches Gestalten, im weiteren Sinn auch alle organisierten Betätigungen im Bereich von Körperkultur und Sport.

Staatlich organisierte Leitungstätigkeit sollte die notwendigen Rahmenbedingungen für ein vielfältiges geistig-kulturelles Leben und die Zusammenarbeit aller staatlichen und gesellschaftlichen Träger organisieren. In der Folge bewegten sich soziale Aktivitäten auch auf diesem Gebiet im Spannungsfeld von Vorgaben/Erwartungen von oben und Verfolgen von Eigeninteressen. Es verwundert deshalb nicht, dass Zeitzeugen, nach Motiven sozialen Engagements im geistig-kulturellen Bereich befragt, fast ausschließlich persönliches Interesse (am Musizieren, Umweltschutz, Briefmarkensammeln, Gärtnern ...) nannten. Diese Aktivitäten waren nicht „verordnet“, wohl aber mit dem gesamten institutionellen Netzwerk verbunden.

Ein zusammenschauender Blick auf die sich aus 40-jähriger Sozialisation ergebenden *Wertorientierungen* ostdeutscher Bürgerinnen und Bürger muss eine Wertestruktur konstatieren, in der „Arbeit, Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familienpflichten, soziale und persönliche Sicherheit“ (Sozialreport 1999: 34) einen besonders hohen Stellenwert besitzen.

An der Personengruppe der *Frauen* in den neuen Bundesländern soll das – auch in seinen Folgen für soziales Engagement nach der Wende – im Folgenden exemplarisch umrissen werden.

Wohl an kaum einer anderen Personengruppe wird die Spezifik der durch Sozialisationsprozesse im staatssozialistischen System der DDR geprägten Verhaltensmuster, ihr Rollenverständnis und ihre Wertorientierungen so deutlich wie an der Gruppe der Frauen.

In der DDR hatten die Frauen – wie Männer – ein Recht auf einen (Vollzeit-)Arbeitsplatz, und es wurden Rahmenbedingungen geschaffen, die bewirkten, dass die Doppelrolle von Frauen als Erwerbstätige und Mütter/Kindererziehende zu einer gesellschaftlichen Selbstverständlichkeit wurde. Und das nicht nur oder in erster Linie aus Gründen wirtschaftlicher Selbstständigkeit, sondern auch mit dem Zweck sozialer Einbindung und Kommunikation, persönlicher Selbstverwirklichung und der Chance einer eigenständigen Lebensplanung und Gestaltung, auch eines Lebens mit Kindern, unabhängig, ob mit oder ohne Partner. Als zugrunde liegende Bedürfnisstruktur hatte sich herausgebildet,

- berufstätig zu sein und sich in der Arbeit, im Beruf zu bestätigen,
- Kinder zu haben,
- ein harmonisches Familienleben zu führen und
- ein hohes Lebensniveau zu erreichen.

Quantitativen Ausdruck fand dieses Rollenverständnis ostdeutscher Frauen 1989 z. B. darin, dass 91% der Frauen der DDR im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig waren bzw. sich in Ausbildung befanden.

Vor dem Hintergrund der eingangs aufgeworfenen Frage nach Rahmenbedingungen und Motivationen für den Zugang zu sozialem Engagement dürfte nicht nur die mehrfach bestätigte These von den Unterschieden Ost-West von Interesse sein, sondern auch bereits gesammelte Erfahrungen aus dem Prozess der Systemtransformation selbst, der ja auch (und insbesondere) für viele Frauen den Verlust des Arbeitsplatzes bedeutete. Frauen stellen im Osten 53% der Arbeitslosen gegenüber 44% im Westen, das allerdings bei einer Arbeitslosenquote, die in den neuen Bundesländern fast doppelt so hoch ist wie in den alten. So hat Spellerberg (1996) in einer Studie untersucht, ob sich mit den veränderten institutionellen Rahmenbedingungen auch die Rollenvorstellungen und Lebensentwürfe ostdeutscher Frauen verändert haben, oder ob sie sich als stabil erwiesen.

Die Beantwortung der Frage nach Unterschieden der Ost- und Westdeutschen hinsichtlich der Teilnahme von Frauen am Erwerbsleben, oder der ausschließlichen Zuordnung von Frauen auf den Familienbereich ergab folgendes Bild:

„Generell ist festzuhalten: die im Osten stärker vertretenen Gleichheitsziele im Hinblick auf die Teilhabe beider Geschlechter an Beruf und Familie werden im Westen von den Jüngeren und vor allem den besser Gebildeten und den vollzeitbeschäftigten Frauen geteilt. Die Rollenvorstellungen älterer Befragter in Westdeutschland weichen erheblich von denen der jüngeren Altersgruppen und der ostdeutschen Bevölkerung ab. Insgesamt ist das Antwortverhalten innerhalb der verschiedenen Gruppen im Osten homogener als im Westen.“ Als entscheidender Faktor (Grundlage) dieser deutlichen Ost-West-Unterschiede ist vor allem die unterschiedliche 40-jährige Geschichte in den beiden Landesteilen zu sehen, differenziert durch Unterschiede zwischen Stadt und Land, durch Qualifikation und Bildung und durch Religionszugehörigkeit. Als Fazit folgert Spellerberg, dass „Ostdeutsche, Jüngere und besser Gebildete überdurchschnittlich häufig für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an bezahlter und privater Arbeit (Erziehung, Sorge, Pflege usw.) eintreten.“ (ebd.: 110)

Undifferenziertes Herangehen bei der Gewinnung und Motivation von Frauen für ehrenamtliche Tätigkeit oder bei der Bestimmung von geeigneten Tätigkeitsfeldern und -formen verspielt Chancen auf Erfolg.

Grundtypen sozialen Engagements in der DDR

Wurden soziale Aktivitäten in der DDR bisher nach ihren Strukturen, den Hauptbereichen ihres Wirkens und ihren Eigenarten hinterfragt, bleibt die

Frage nach einer angemessenen *Typisierung*. Es erscheint sinnvoll, von der allgemeinen Unterscheidung von zwei kulturellen Grundtypen (im Hinblick auf den Grad ihrer sozialen Organisiertheit) auszugehen:

- dem institutionellen Typ und
- dem informellen bzw. nichtinstitutionellen Typ.

Wie Poldrack (1993: 10f.) hervorhebt, erfahren diese kulturellen Grundtypen unter den staatssozialistischen Rahmenbedingungen eine system-spezifische Ausprägung als

- staatsinstitutionelle Variante und
- im nichtstaatlichen bzw. oppositionellen Milieu angesiedelte Variante (unter dem Dach der Kirche angesiedelte Wohlfahrtspflege, als politisch inspirierte Initiativgruppe beispielsweise zur Friedensbewegung, zu Umweltproblemen, zu Menschenrechtsfragen o. Ä., in bestimmten Nischen oder informeller Subkultur angesiedeltes Engagement).

Die Unterscheidung dieser beiden Grundtypen impliziert dabei nicht nur Unterschiede in ihrer strukturellen Verankerung, sondern auch hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Anerkennung und der individuellen Motivation der Beteiligten.

Diese Differenzierung ist wichtig auch hinsichtlich der Wirkung des mit der Wende eintretenden Wandels sowohl der Bewertung bisherigen Engagements als auch der Perspektiven, der Potenzen, Motivationen und Zugänge zum Engagement unter veränderten strukturellen Bedingungen und in einem gänzlich anderen Gesellschaftssystem.

Zunächst ist einzuschätzen, dass Engagement in seiner *staatsinstitutionellen* Variante soziale Normalität der DDR-Gesellschaft und den biografischen Massenfall darstellte – man schätzt, dass mehr als 90% der DDR-Bürger in staatstragenden oder staatsnahen Institutionen organisiert und engagiert waren.

In diesem Zusammenhang ist aber erneut auf die bereits gekennzeichnete *Ambivalenz* dieses staatsinstitutionellen Typs sozialen Engagements hinzuweisen:

Gewiss war es Anliegen von Staat und Partei, soziale Aktivitäten der Bürger in allen Lebensbereichen zu steuern, zu kontrollieren und in ihrer staatstragenden Funktion zu mobilisieren und zu honorieren. Und trotzdem entspricht es nicht der historischen Realität, daraus abzuleiten, dass alle Aktivitäten im systemnahen Bereich Resultat von Druck, Zwang oder Nötigung waren; ob im Betrieb, im Wohngebiet oder im Kultur-, Sport- und Freizeitbereich – überall gab es Freiräume auch für die Verfolgung eigener Interessen und selbstbestimmtes Engagement. Poldrack (1993) spricht deshalb berechtigterweise vom Entstehen „einer schwer fassbaren Mentalität von formeller Akzeptanz, verdeckter passiver Verweigerung und dem

Versuch, die staatsparteiliche Struktur für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren.“ (ebd.: 37)

Auch im staatstragenden oder staatsnahen Bereich haben sich DDR-Bürger – nicht nur ihrer eigenen Karriere wegen – für die Lösung öffentlicher Aufgaben eingesetzt, haben soziale Fremdhilfe geleistet (z. B. im Sozialbereich des Betriebes oder bei der Nachbarschaftshilfe) oder haben in diesen Strukturen ihre individuellen Interessen verfolgt (z. B. im Bereich von Kultur, Kunst, Sport, Naturschutz, als Sammler usw.). Hier von erzwungenen Aktivitäten zu sprechen, ginge an der Realität vorbei und wird auch durch den Fakt kontinuierlichen Engagements eines Teils der ehemaligen DDR-Bürger widerlegt.

Engagement im *nicht- oder außerstaatlichen Bereich* (auch wenn es dort immer wieder Versuche von Staat und Partei gab, Einfluss auszuüben) bekundete zumindest *Distanz*, oft auch *Verweigerung* gegenüber dem staatssozialistischen Herrschaftssystem.

Systemwandel und soziales Engagement

Der Zusammenbruch des DDR-Herrschafts- und Gesellschaftssystems stellte eine gravierende Veränderung der *makrogesellschaftlichen Rahmenbedingungen* sozialen Engagements der Menschen im Osten Deutschlands dar.

Der Zusammenbruch der tradierten Arbeits- und Lebenswelt stellte die in jahrzehntelanger Sozialisierung erworbenen *Sinnbezüge* sozialen Engagements infrage.

Die gesamte formelle, staatstragende und staatsnahe *Infrastruktur* wurde zerschlagen und durch eine neue (bundesdeutsche) ersetzt – mit Folgen auch für Charakter und Selbstverständnis der nichtstaatstragenden Engagementstrukturen.

Im Gefolge des Zusammenbruchs des infrastrukturellen Rahmens (z. B. der Betriebe und Kombinate oder vieler gesellschaftlicher Organisationen) wurden auch massenhaft Felder sozialen Engagements vernichtet, oftmals gekoppelt mit einer negativen Bewertung der ehemals in diesen Bereichen Engagierten.

Verbunden war dieser Zusammenbruch der Mehrzahl traditioneller Engagementbereiche mit dem Zusammenbruch des traditionellen *Systems der Förderung und Anerkennung*.

Als gravierender Einschnitt für das Engagement ehemaliger DDR-Bürger in den neuen Strukturen und dem (für sie) neuen Gesellschaftssys-

tem erwies sich der Verlust *identitätsstiftender Gemeinschaftsformen und Milieus*, insbesondere der Arbeitskollektive.

Für das Gelingen der Systemtransformation dürfte nicht nur entscheidend sein, wie viel Geld aus den alten in die neuen Bundesländer fließt oder wie viele Bürger aus den alten Bundesländern als Führungskräfte in Wirtschaft, Politik und Verwaltung in die neuen Bundesländer gehen, es dürfte zumindest genau so wichtig sein, ob und wie die neuen Rahmenbedingungen und Strukturen von den Menschen angenommen werden, ob und wie innovative Chancen genutzt werden können, die sich zwischen neuem institutionellen System und überkommenen Verhaltensdispositionen ergeben und wie die kulturellen und sozialen Energien der Ostdeutschen erhalten, reaktiviert oder neu mobilisiert werden können.

Der Freiwilligensurvey 1999 liefert Ansatzpunkte einer Erklärung, warum der Anteil der Bürger in den neuen Bundesländern, die sich „aktiv beteiligen“ mit 55% und der „freiwillig Engagierten“ mit 28% deutlich unter dem Anteil derer in den alten Bundesländern (68% und 35%) liegt (Gensicke 2000: 177ff.):

- Die ungünstigere Lage der öffentlichen und privaten Haushalte und die Arbeitslosigkeit, die mit einer Quote von ca. 20% doppelt so hoch ist wie in den alten Bundesländern. Besonders stark sind Frauen betroffen, die in größerem Maße als in den alten Bundesländern an Erwerbsarbeit interessiert sind, und für die ehrenamtliche Tätigkeit dafür keinen Ersatz darstellt.
- Infrastrukturelle Probleme, die zum Teil historisch gewachsen sind, z. B. eine geringere kirchlich-religiöse Basis (75% der Bevölkerung ist konfessionslos) und eine geringere formelle Einbindung (aktive Mitgliedschaft) der Bürger in Vereinen, Verbänden und anderen Organisationen.
- Das im Umbruch und in den ersten Jahren nach der Wende zunächst stark gewachsene politische Interesse ist stark zurückgegangen (vgl. Priller 1996). Das hängt wahrscheinlich mit dem sich verändernden Wertesystem und dem damit verbundenen Prioritätenkatalog zusammen, wohl aber auch damit, dass der politische Prozess nach Wende und Vereinigung bei vielen Bürgern zu Enttäuschungen und politischer Entfremdung führten.
- Ein Rückgang des Engagements ist besonders bei der Gruppe der Älteren zu verzeichnen. Bei einem Vergleich von „ehemaligem“ mit „heutigem Engagement“ wird dies besonders deutlich: Von den 1999 50- bis 59-Jährigen hat die Hälfte ihr Engagement aufgegeben, zum großen Teil wegen der Auflösung bisheriger Engagementstrukturen, besonders von Organisationen und Gruppen; eine nicht unerhebliche

Rolle spielte aber auch die Enttäuschung über eine pauschale negative Bewertung des bisherigen Engagements.

Trotz der genannten Einschränkungen und Schwierigkeiten ist die Beteiligung der neuen Bundesbürger an öffentlichen Aktivitäten und freiwilligem Engagement (mit 28%) beträchtlich.

Dabei handelt es sich nicht nur um Menschen, die in der DDR-Gesellschaft nicht oder nur im nichtstaatlichen Bereich engagiert waren, sondern viele derer, die sich einst im staatsinstitutionellen Bereich für öffentliche oder soziale Probleme eingesetzt haben, haben auch in den neuen Strukturen Felder für ihr soziales Engagement gefunden.

Frühere systemstrukturelle Verankerung scheint dabei keine lineare Ableitung von Engagement*kontinuität*, von Engagement*abbruch* oder eines Engagements*schubes* zu erlauben und den Kern des Prozesses zu treffen, vielmehr scheinen die aktive oder passive *Grundposition* einer Persönlichkeit und die *biografische Relevanz* und Sinnhaftigkeit auch ihres vergangenen Engagements von entscheidender Bedeutung zu sein.

In Auswertung von 16 Interviews stellt Poldrack (1993: 46ff.) unter der Überschrift „Aufschlüsse zum Wandel des bürgerschaftlichen Engagements im Transformationsprozess“ Biografien und eine Selbstbewertung von Personen vor, die die oben getroffene Grundaussagen durchaus stützen.

Auch die Merseburger *Zeitzeugenberichte* (Veranstaltung im Frühjahr 2001) bewegten sich im Spannungsfeld von Engagementkontinuität und -abbruch, zugleich auch von Neuorientierung des Engagements.

Das Fazit der Zeugenbefragung bestand in der Feststellung, dass sich von den Anwesenden die Mehrzahl der bereits in der DDR Engagierten auch im neuen Gesellschaftssystem und in neuen Strukturen engagiert, zum Teil in neuen Feldern, zum Teil aber auch in genau denselben Bereichen. Entscheidende Motive waren neben dem eigenen Sachinteresse vor allem der Wunsch nach Aktivität und sozialer Fremdhilfe.

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Für das Gelingen des Transformationsprozesses auf deutschem Boden, der nicht nur ein ökonomischer und politischer, sondern auch ein sozialer Prozess ist, erweist sich als beachtlicher Faktor, ob und wie die Menschen die neuen Rahmenbedingungen und Strukturen annehmen und bereit sind, sie mitzugestalten.

Mit anderen Worten – es steht die Frage zu beantworten, wie auch auf ostdeutschem Boden vorhandenes Engagementpotenzial zu nutzen ist.

Als notwendige Voraussetzung dafür wurden eine differenzierte, dem DDR-System und seiner empirischen Wirklichkeit entsprechende Betrachtung sozialen Engagements in der DDR und mit der Kennzeichnung seiner

wesentlichen Strukturen, Bereiche, Grundtypen und Eigenarten einige seiner Charakteristika hervorgehoben, zum Teil auch in seiner Ambivalenz.

Der mit dem Systemwandel eingeleitete Wandel des (bisher rückläufigen) sozialen Engagements auf ostdeutschem Boden bedarf neben einer gezielten infrastrukturellen Förderung auch einer differenzierten Bewertung vergangenen Engagements ostdeutscher Bürger, vor allem aber auch einer verstärkten Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West.

Literatur:

- Albach, H. (1993): Zerrissene Netze. Eine Netzwerkanalyse des ostdeutschen Transformationsprozesses, Berlin: edition sigma.
- Arbeitslosenreport (1999): Daten und Fakten zur sozialen Lage Arbeitsloser in den neuen Bundesländern, Berlin: Verlag am Turm.
- Braun, J./Bischoff, S./Becker, I. (1997): Datenband zum Endbericht des Modellprogramms Seniorenbüros der Bundesrepublik Deutschland, ISAB-Schriftenreihe Bd. 52, Leipzig.
- Frauenreport '90, Berlin: Verlag Die Wirtschaft.
- BMFSFJ (Hg.) (2000): Freiwilliges Engagement in Deutschland – Freiwilligensurvey 1999 – Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Schriftenreihe des BMFSJ, Band 194.1., 194.2., Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer.
- Gensicke, T. (2000): Freiwilliges Engagement in den neuen Bundesländern, in: BMFSFJ (Hg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland – Freiwilligensurvey 1999 – Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Schriftenreihe des BMFSJ, Band 194.1., 194.2., Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer, S.176-185.
- Jungblut, I./Wetzel, P. (1993): Altern in der Chemieregion Halle-Merseburg, KSPW-Studie, unveröffentlichtes Manuskript.
- Knopf, D. (1999): Menschen im Übergang von der Erwerbsarbeit in den Ruhestand. Eine Herausforderung für die Erwachsenenbildung, Bonn.
- Maaz, H. J. (1991): Das gestürzte Volk oder die unglückliche Einheit, Berlin.
- Naumann, S./Klehm, W./Hagemann, I. M. (1997): „Junge Alte“ im Transformationsprozeß. Entwicklung und Erprobung eines Weiterbildungskonzeptes in den neuen Bundesländern, Projektbericht.
- Neumann, S. (1997): Soziales Ehrenamt in Deutschland. Eine Trendwende? Diplomarbeit, Fachhochschule Jena.
- Poldrack, H. (1993): Soziales Engagement im Umbruch. Zur Situation in den neuen Bundesländern, Köln: ISAB-Verlag.
- Priller, E. (1996): Veränderungen in der politischen und sozialen Beteiligung in Ostdeutschland, in: Zapf, W./Habich, R. (Hg): Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität, Berlin: edition sigma.
- Schumacher, J./Stiehr, K. (1999): Förderung des freiwilligen sozialen Engagements älterer Menschen durch Länder und Kommunen, Stuttgart/Marburg/Erfurt: Verlag Peter Wiehl.
- Sozialreport 1999 (1999): Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Berlin: Verlag am Turm.

- Sozialreport 50 + (1998): Daten und Fakten zur sozialen Lage von Bürgern ab 50 Jahre in den neuen Bundesländern, Berlin: Verlag am Turm.
- Spellerberg, A. (1996): Lebensstile, soziale Lagen und Wohlbefinden in: Zapf, W./Habich, R. (Hg): Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität, Berlin: edition sigma.
- Winkler, G. (Hg.) (1989): Geschichte der Sozialpolitik der DDR 1945-1985, Berlin: Akademie-Verlag.
- Wörterbuch Soziale Arbeit (1996), Weinheim/Basel: Beltz-Verlag.
- Zapf, W./Habich, R. (Hg) (1996): Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität, Berlin: edition sigma.